

Sonderheft der pax et libertas

Schwerpunkt: Atomwaffenversuche



Atomkrieg zur Probe



Wollen Sie informiert sein ?

Haben Sie Interesse an der internationalen Friedensarbeit ?

Interessieren Sie sich für internationale Politik ?

Dann sollten Sie auf jeden Fall *pax et libertas* abonnieren !

pax et libertas, die Zeitschrift der Internationalen Frauenliga
erscheint vierteljährlich zum jährlichen Bezugspreis von DM 20,-.

Bestellen Sie noch heute die *pax et libertas* bei der

Geschäftsstelle der IFFF

Weseler Weg 2

4005 Meerbusch 1

oder gleich telefonisch: 02105 / 2380

Impressum

Herausgeberin: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Deutsche Sektion, Weseler Weg 2, 4005 Meerbusch 1, T.02105 / 2380

Redaktion: Ruth Gleissberg, Eva Michels, Dodo van Randenborgh

Verkaufspreis: DM 3,50 zuzüglich Porto.

Bestellungen an die Geschäftsstelle der IFFF.

Februar 1985

Atomkrieg zur Probe

INHALTSVERZEICHNIS

Dringender Internationaler Appell	4
Einführung	5
Was spricht für ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests?	8
Praxis und Folgen von Atomwaffentests	12
Frankreich	12
Vereinigte Staaten von Amerika	16
Unternehmen Heimkehr	18
Chronologie der Proteste	22
Testbilanz der USA	25
Großbritannien	26
Atomwaffentests 1945 bis 1983	28
Die Bundesrepublik Deutschland und der Atomwaffensperrvertrag	29
Der Atomwaffensperrvertrag	31
Platz der Atomwaffensperrvertrag?	32
In der UNO vereinbarte Verträge	34
Schlußbemerkung	36

Wir danken der Zeitschrift *DISARMAMENT CAMPAIGNS* für die freundliche Bereitstellung hier in Übersetzung wiedergegebener Materialien.

DISARMAMENT CAMPAIGNS bringt monatlich die neuesten Informationen über Kampagnen gegen das Wettrüsten in aller Welt.

DISARMAMENT CAMPAIGNS ist die einzige Zeitschrift, die Friedensbewegungen aus aller Welt zusammenbringt. Geschrieben für und von Aktiven.

Bestellung an: *DISARMAMENT CAMPAIGNS*, Postbox 18747, 2502 ES 's Gravenhage
Bezugspreis jährlich: DM 35,- NL, postgiro No: 52.75.785

Kartenbestellung



TÜSTAV ARŞMI
TÖRKİYE SOSYAL TARİHİ AKADEMİSİ

TÜSTAV ARŞMI
TÖRKİYE SOSYAL TARİHİ AKADEMİSİ

Einführung

Seit dem ersten Atomwaffentest im Juli 1945 sind annähernd 1500 Atomwaffen 'probeweise' gezündet worden. Das heißt: Durchschnittlich eine Atomexplosion einmal in der Woche irgendwo auf der Welt. Trotz langandauernder Bemühungen, einen Vertrag über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests auszuhandeln, haben die USA und die Sowjetunion in einem erschreckenden Ausmaß weitere Atomwaffenversuche unternommen. Gleichzeitig entwickeln Nicht-Atomwaffenstaaten zunehmend die Fähigkeit und Bereitschaft, sich selbst atomar zu rüsten (Südafrika, Brasilien, Israel). Die Forderung nach einem umfassenden Verbot von Kernwaffenversuchen ist keineswegs neu: In der UNO wird seit 26 Jahren darüber diskutiert. Dieser Vertrag über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests (Comprehensive Test Ban Treaty - CTB) bleibt ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste, weil wahrscheinlichste Schritt, um den jetzigen Stillstand bei den Abrüstungsverhandlungen zu überwinden. Damit dieser Vertrag überhaupt zustande kommt, ist jetzt eine starke Bewegung 'von unten' notwendig.

Internationale Kampagne

Aus diesem Grunde hat die Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) in Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Organisationen eine internationale Unterschriftenkampagne begonnen, die sich an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit der dringenden Forderung richtet, den Vertrag über ein umfassendes Verbot aller Atomwaffentests abzuschließen. Die Kampagne wird international auch vom Interkirchlichen Friedensrat in den Niederlanden, von Greenpeace, der Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung eines Atomkriegs, den Frauen für den Frieden sowie dem Center for Defense Information in den USA getragen. Seit der Eröffnung der Kampagne am 25. Oktober 1984,

Bestellzettel

Name: _____ Ich bestelle:

	Anzahl	Karte Nr.	Preis/Stück
Adresse: _____		1	1,20 DM
		2	1,20 DM
0 Betrag wird auf das Konto Nr. 53 65 770		3	1,20 DM
bei der Deutschen Bank Meerbusch überwiesen		4	1,20 DM
		5	1,20 DM
0 Betrag liegt in Briefmarken / Verrechnungsscheck bei		6	1,20 DM
		Serie	7,20 DM
		bunte Karte (tanzende Kinder, nicht abgebildet)	1,50 DM

zuzüglich Versandkosten.

Bitte einsenden an: IFFF, Weseler Weg 2, 4005 Meerbusch 1

dem Weltfriedenstag der Frauen, werden in 18 Ländern Unterschriften gesammelt. In der Bundesrepublik und in Berlin (West) ist dafür die deutsche Sektion der WILPF, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), verantwortlich.

Hier noch einmal zusammengefaßt die wichtigsten Gründe, die die WILPF dazu bewegt haben, sich 1985 schwerpunktmäßig auf diese Kampagne zu konzentrieren:

Wir stimmen der weitverbreiteten Meinung zu, daß ein weiterer Stillstand bei den Verhandlungen für das umfassende Verbot von Atomwaffentests dazu führen wird, daß die Weiterverbreitung von Atomwaffen ungezügelter denn je vonstatten geht.

Ein umfassendes Verbot von Atomwaffenversuchen (CTB) ist ein wesentlicher Bestandteil der verschiedensten Vorschläge für ein Einfrieren (Freeze) der nuklearen Rüstung und des im Abschlußdokument der Ersten Sondervollversammlung der UNO zur Abrüstung (SSD I) entworfenen umfassenden Abrüstungsprogramms.

Der CTB - Vertrag geht "ans Eingemachte" der Aufrüster: Hätte es schon 1963 einen solchen Vertrag gegeben, würden wir heute Waffensysteme wie die Cruise Missiles, mit Mehrfachsprengköpfen bestückte Interkontinentalraketen oder Neutronenbomben gar nicht haben. Ohne Tests gibt es keine Garantie, daß neue oder veränderte Waffensysteme so funktionieren wie sie sollen: Nur der tatsächliche Test eines Atomsprengekopfes und seines Trägersystems kann die absolute "Tauglichkeit" der neuen Waffe beweisen.

Politische Hindernisse

Der CTB - Vertrag ist heute abschließbar, wenn die wichtigsten Atommächte sich politisch dazu verpflichtet sähen: Die USA, die Sowjetunion und Großbritannien haben den wesentlichen Elementen des Vertrages zugestimmt. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat schon 1972 festgestellt, daß "alle technischen und wissenschaftlichen Aspekte des Problems, die Einhaltung des Vertrages zu überprüfen, ausführlich gelöst sind, sodaß jetzt nur noch die politische Entscheidung notwendig ist, um zum endgültigen Vertragsschluß zu



kommen".

Seit 1972 sind die technischen Mittel noch weiter entwickelt worden, sodaß es heute möglich ist, Atomexplosionen mit der vergleichsweise geringen Sprengkraft von einer Kilotonne zu entdecken und zu identifizieren. Die 3. Generation von Atomwaffen wird entworfen. Ein Vertrag über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests muß jetzt abgeschlossen werden, bevor diese Waffen getestet und einsatzfähig erklärt werden.

Heute können Atommächte und solche, die es werden wollen, Atomtests durchführen, Menschen und Natur verwüsten, ohne sich für diese Menschenrechtsverletzung verantworten zu müssen. Gäbe es den CTB - Vertrag, müßten sie sich über den erklärten Willen der Völkergemeinschaft hinwegsetzen, ihre Schuld für nukleare Zerstörung würde einklagbar.

Dieser Vertrag würde die "verlässliche" Einführung neuer Waffensysteme verhindern, denn selbst wenn diese Systeme unter Laborbedingungen weiterhin getestet werden, sind diese Ergebnisse in der Psychologie der Militärs nicht ausreichend, um "solide" Strategie darauf zu basieren. Diese Unsicherheit der Planer des Völkermordes ist ein Stück mehr Sicherheit für die Menschheit.

Die BRD als Mitglied der UNO

Auch die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der UNO und der Genfer Konferenz für Abrüstung (KfA), wo der Vertrag für ein umfassendes Verbot für Atomwaffentests unterschriftsreif verhandelt werden soll. Berlin (West) wird durch die Abgeordneten der Bundesrepublik vertreten.

Zusammen mit den USA, Großbritannien und Frankreich tut sich die Bundesrepublik damit hervor, die Verhandlungen zu verzögern. Die deutsche Sektion der WILPF, die IFFF, fordert insbesondere die Bundesrepublik auf, sich für diesen Vertrag konstruktiv einzusetzen. Wir appellieren an die Friedensbewegung, an ihr verbundene Personen und Organisationen, diese Kampagne zu unterstützen. In der vorliegenden Broschüre finden sich Informationen, die verdeutlichen, welche Folgen die "Proben für den Atomkrieg" für die Menschheit und die Natur in den Versuchsgebieten schon jetzt haben und wie diese Tests die ungehemmte Aufrüstung fördern.



Was spricht für ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests



Durch den Atomwaffensperrvertrag, auch "Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen" genannt, ist vereinbart worden, daß die Supermächte das atomare Wettrüsten beenden und effektive Abrüstungsschritte einleiten sollen. Als ein Schritt zur Abrüstung wird im Vertrag besonders der 1963 abgeschlossene Vertrag über ein teilweises Verbot von Atomwaffentests (Partial Test Ban Treaty - PTB) erwähnt. In der Präambel des PTB - Vertrages werden alle Vertragsstaaten aufgefordert, sich selbst verbindlich für die Aushandlung eines Vertrages über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests (Comprehensive Test Ban Treaty - CTB) einzusetzen. Diese Selbstverpflichtung der Atomwaffenmächte war ein wesentliches Mittel, um die Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, dazu zu bewegen, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

Im September 1985 wird auf der alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungs-konferenz in Genf diskutiert, ob der Atomwaffensperrvertrag wirkungsvoll ist und sich alle Unterzeichnerstaaten an den Vertrag halten. In diesem Zusammenhang ist der erfolgreiche Abschluß des Vertrages über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests (CTB) wichtig, um den Fortbestand des Atomwaffensperrvertrags nicht zu gefährden. Die Tatsache, daß seit über zwanzig Jahren über den CTB - Vertrag verhandelt wird und dieser immer noch nicht unterzeichnet ist, wird mit Gewißheit zu Schwierigkeiten auf der Überprüfungs-konferenz führen.

USA gegen CTB

Die Gegner eines umfassenden Testverbots benutzen im wesentlichen vier Schlüsselargumente gegen den CTB - Vertrag, die sie auf mögliche Probleme bezüglich der Einhaltung des Vertrages (Verifikation) und entstehende wirtschaftliche Probleme sowie der "Verlässlichkeit" der neuen ungetesteten Waffensysteme stützen. Vor vier Jahren wäre es fast zur Unterzeichnung des CTB-Vertrages gekommen. Doch die Reagan - Administration erklärte eineinhalb

Jahre später, daß sie sich von den Verhandlungen zurückziehen werde, bis Überprüfungsmaßnahmen für zwei andere, noch nicht ratifizierte Verträge vereinbart worden seien. Dabei handelt es sich um die 1975 zwischen den USA und der UdSSR ausgehandelten Abkommen, die Kernversuche über eine Sprengkraft von 150 Kt sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verbieten sollten.

Es scheint, als ob dies nur ein vorgeschobenes Argument war. Weitere Überprüfungsmaßnahmen, die die Anwesenheit von Inspektoren bei den Tests eingeschlossen hätten, trafen auf den Widerstand der USA. Darüberhinaus wären Inspektoren bei den Atomwaffentests überhaupt nicht mehr notwendig, wenn der CTB vereinbart und der Vertrag unterzeichnet wäre, denn dann gäbe es keine Atomversuchsexplosionen mehr. Die Widersprüchlichkeiten in dieser Argumentation der Reagan - Regierung lassen sich erklären durch den starken Druck von - wie es der General William W. Hoover in einer Erklärung vor dem Unterausschuß für Beschaffung und Militärische Nukleare Systeme des Verteidigungsausschusses der USA bezeichnete - einer "staatseigenen, branchenübergreifenden Industrie, einem Unternehmen, für das, wenn Sie so wollen, wir alle verantwortlich sind".

Profit gegen CTB

General Hoover sagte weiter: "Die Gesamtzahl der hier Beschäftigten liegt bei etwa 35 000. Darin sind die Produktionsstätten, die Testgelände und Laboratorien eingeschlossen - alle Menschen, die für das Waffenbeschaffungsprogramm arbeiten. Unser Unternehmen, meine Herren, würde unter das erste Viertel der 500 kapitalkräftigsten fallen."

Auch Barry Blechmann kommt im Juni 1981 mit einem Artikel über die Probleme mit dem CTB in "Arms Control Today" zu dem Schluß, daß "einige der Kritiker des CTB befürchten, daß der Fortbestand einer lebensfähigen Atomwaffenproduktionsindustrie ohne ein Testprogramm gefährdet ist". Er folgert, daß die zentralen Fragen sind, inwieweit für den stabilen Fortbestand der gesamten US-Atom(waffen)technologie und damit verbundenen Industriezweigen Atomwaffentests unerlässlich sind, und ob Ausgleichsprogramme wie



auch immer entstehende Schwierigkeiten und Verluste wettmachen können, die durch den CTB entstehen.

Waffen ohne Test nicht "verlässlich"

Ein weiteres Argument gegen den CTB ist die Frage der "Verlässlichkeit" von neuen Waffensystemen, die ausschließlich unter Laborbedingungen entwickelt und getestet werden müßten. Dr. Richard Wagner, früher für Atomtests zuständiger Direktor in den Livermore Laboratorien (USA), sagte im April 1982 vor dem Verteidigungsausschuß der USA:

"Wir wissen, daß wir neue Waffensysteme für die 90er Jahre und darüberhinaus brauchen. Selbst wenn es uns gelingen sollte, durch Rüstungskontrolle und andere Mittel den langen Prozeß der Reduzierung der Waffenlager der Sowjetunion und der USA einzuleiten, werden wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit neue Systeme mit neuen Eigenschaften brauchen, um die Stabilität während dieses Prozesses zu gewährleisten und diese Systeme brauchen neue Sprengköpfe." Nach einem Bericht der "Amerikanischen Föderation der Wissenschaftler" werden diese neuen Sprengköpfe völlig neue Technologien einführen - Laserwaffen, Neutronenbomben, Antisatelliten-Raketen, die ermöglichen werden, die sowjetischen Satelliten und Kommunikationssysteme zu zerstören ohne die eigenen zu beschädigen. Dieses wird die dritte Generation von Atomwaffen sein, deren Entwicklung die Reagan-Administration offensichtlich wünscht.

Schlußfolgerungen

Ein Vertrag über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests (CTB) würde die Entwicklung neuer Waffensysteme verhindern, weil die Entwicklung unter Laborbedingungen mit geringer Sprengkraft bei Versuchsexplosionen oder durch mit Computern simulierten Tests immer noch möglich wäre. Trotzdem ist der CTB aus folgenden Gründen sinnvoll:

Er würde Versuchsexplosionen der sogenannten Schwellenländer, das sind Staaten, die aus den Abfallprodukten ihrer Atomkraftwerke Atomwaffen



entwickeln (Südafrika, Israel, Brasilien), unterbinden und somit die als horizontal bezeichnete Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern.

» Er würde die Entwicklung einer völlig neuen Waffen-Generation extrem erschweren (keine "verlässlichen" Tests) und damit die als vertikal bezeichnete Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern.

» Er würde den Atomwaffensperrvertrag stärken.

» Er würde die extreme Umweltzerstörung durch Kernwaffenversuche beenden.

» Er würde das atomare Wettrüsten der Supermächte erheblich verlangsamen.

» Er wäre ein wesentlicher Schritt, um die Produktion von spaltbarem Material für militärische Zwecke zu beenden.

Die Forderung, Atomwaffentests zu verbieten, zieht sich schon jetzt wesentlich durch die Vorbereitungen für die dritte Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Forderung in den nächsten Monaten vehementer und dringlicher gestellt wird.



(gekürzt nach Thijs de la Court, in: DISARMAMENT CAMPAIGNS, Dez. 1984
Quellen: SIPRI - Jahrbücher 1979 - 1984, FAS Public Interest Report, Okt. 1982, Arms Control Today, Bd. II, Nr. 6, Juni 1981, Bulletin of Atomic Scientists, Dez. 1980, "CTB: An Effective SALT Substitute")

Praxis und Folgen von Atomwaffentests

zum Beispiel Frankreich

Frankreichs erstes Atomwaffentestprogramm in der Sahara endete abrupt 1962, als Algerien die Unabhängigkeit gewann. 1963 wurde von den USA der Sowjetunion und Großbritannien ein Vertrag unterzeichnet, der Atomtests in der Atmosphäre (also oberirdisch und im Wasser) verbot (Partial Test Ban Treaty - PTB - Teilweises Verbot von Atomwaffentests).

Im gleichen Jahr verkündete Frankreichs Präsident de Gaulle großartig, daß er zum Austausch für Wirtschaftshilfe in Polynesien einen Atomwaffenstützpunkt einrichten werde. Bis Mitte 1963 wurden trotz des einmütigen Protests der örtlichen Regierung französische Legionärstruppen auf Tahiti stationiert. Frankreichs nukleare Herrschaft im Südpazifik hatte begonnen. Das Volk der Machi - eine traditionsreiche polynesische Gesellschaftsgruppe - war schon durch die europäische Kolonialherrschaft dezimiert und beinahe ausgerottet worden. Der Einzug der Atombombe bedeutete die endgültige Vernichtung dieses durch die Gegenwart einer fremden Macht zerrissenen Volkes.

Im September 1974 erklärte Frankreich in der UNO, daß es sein Atomtestprogramm in der Atmosphäre abgeschlossen habe. Zukünftige Tests würden unterirdisch auf der Insel Mururoa stattfinden. Bis dahin waren etwa 41 Atombomben von Frankreich im Südpazifik "getestet" worden. Das Mururoa-Atoll ist inzwischen verseucht und wird bald, wenn die unterirdischen Atomversuche nicht sofort aufhören, gänzlich in die Luft gesprengt sein.

Diese Ankündigung Frankreichs führte ab 1974 zunächst dazu, daß die internationalen Proteste gegen diese Praxis geringer wurden.

Atomare Müllhalde

Selbstverständlich ist es keineswegs ausreichend, daß Frankreich auf oberirdische Atomtests verzichtet. Deswegen hieß die Bewegung für einen atomwaf-

fenfreien Pazifik zunächst ATOM (Against Testing on Mururoa - Gegen die Tests auf Mururoa), die erstmals 1975 zu einer Konferenz auf Fidschi zusammenkam. Zunehmend wurde klar, daß das Problem weitaus größer war als nur die französischen Nuklearversuche im Pazifik: Der Pazifik war insgesamt zu einer atomaren Müllhalde der Atommächte geworden. Die Tests auf den Mururoa-Inseln sind jedoch das Hauptproblem der gesamten Region geblieben. Regelmäßig war über seltsame Krankheiten und vergifteten Fisch in Polynesien zu hören, Frankreich stritt jeden Zusammenhang mit den Tests ab. Zwei schwerwiegende, mit den Atomversuchen zusammenhängende Unfälle im Juli 1972, die wiederum von den Franzosen abgestritten wurden, lösten erneut starke Anstrengungen aus, die Tests zu verbieten. 1981 wurden die ersten alarmierenden Berichte über die radioaktive Verseuchung der Atolle von dort beschäftigten Arbeitern an die Öffentlichkeit gebracht.

Ende 1983 wurde eine fünfköpfige Gruppe von Wissenschaftlern aus Australien, Neuseeland und Papua-Neuguinea von Frankreich eingeladen, Untersuchungen auf Mururoa durchzuführen. Diese Gruppe wäre überhaupt die allererste - so Frankreich - , die die Möglichkeit hätte, eine unabhängige Untersuchung auf einem Testgelände für Atomwaffen durchzuführen. Die Gruppe der Wissenschaftler hing größtenteils von Datenmaterial ab, das von Frankreich selbst zur Verfügung gestellt wurde. Es war ihr untersagt, sich den meisten der relevanten Gebiete auf dem Atoll zu nähern oder Bodenproben vom Lagunensand zu nehmen. Darüberhinaus wurden die medizinischen Statistiken von den Franzosen zur Verfügung gestellt.

Radioaktivität "erst" in 500 bis 1000 Jahren

Die Kalkulation, die auf den idealen vorstellbaren Bedingungen basierte und mit radioaktiver Strahlung des gesamten Atolls "erst" in 500 bis 1000 Jahren rechnete, wurde in Frankreich breit veröffentlicht. Im gesamten Bericht verschwiegen und überhaupt nicht veröffentlicht wurde die nicht so günstige und keineswegs ausschließbare Möglichkeit, daß "falls es während eines Tests zum Vulkanausbruch kommt und dadurch ein senkrechter Ausstrom von Radioaktivität durch das Kalkgestein hindurch ermöglicht wird, radioaktive Strahlung



und Bestände, in diesem schlimmsten aller Fälle, innerhalb von 5 Jahren in die Biosphäre eindringen wird".

Im Oktober 1984 kündigte Frankreich an, daß es seine Tests im Südpazifik für weitere 15 Jahre durchführen wird.

Die Menschen auf den Inseln im Südpazifik werden Atomversuche, Uranabbau und Atom Müllablagerung nicht länger tolerieren. Sie haben genug davon! Sie brauchen allerdings die Unterstützung und Aktionen aus Europa und den USA, wenn es ihnen gelingen soll, den pazifischen Ozean wieder zum friedlichen Ozean zu machen.

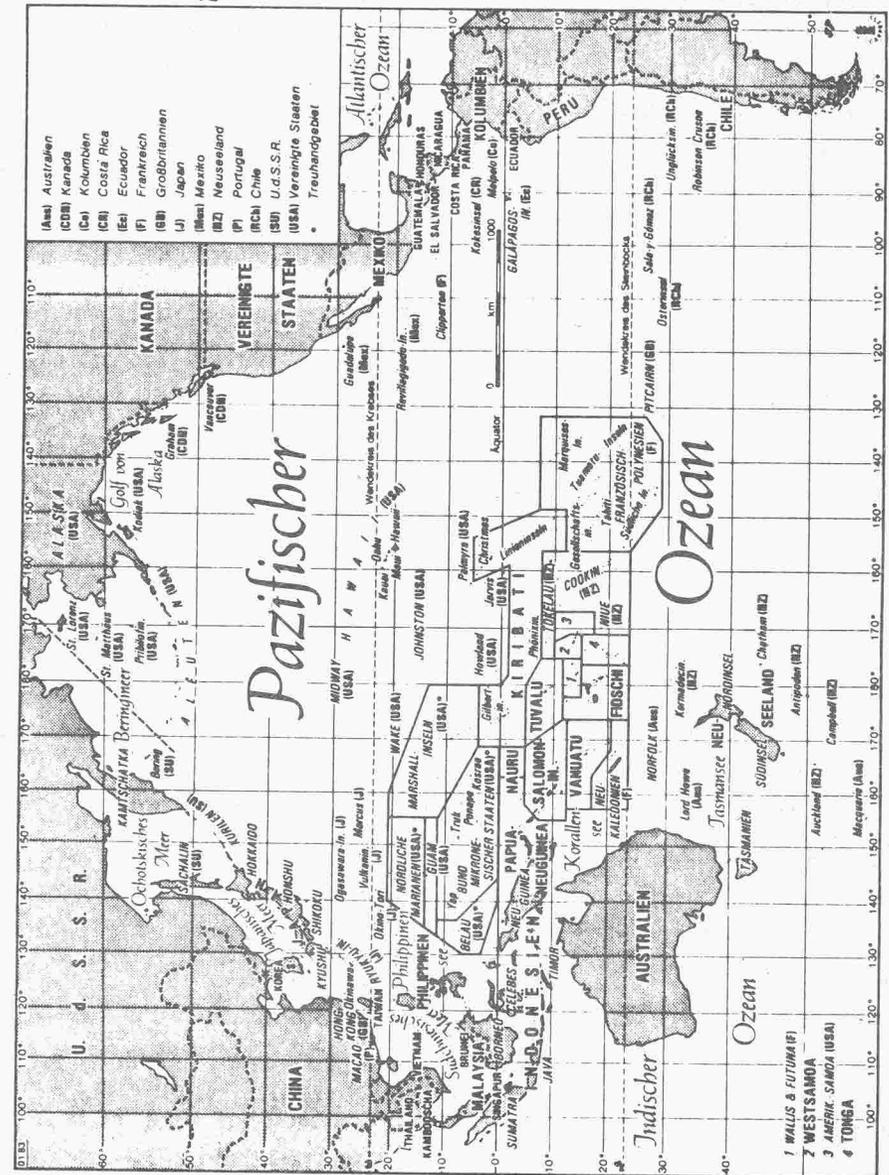
(gekürzt nach Elaine Shaw, GREENPEACE, Neuseeland, in: DISARMAMENT CAMPAIGNS, Dez.1984)

Aktivitäten und Informationen zu den Atomtests im Südpazifik:

Greenpeace, Neuseeland, hat seit 1972 die verschiedensten Aktionen gegen die Tests im Südpazifik unternommen. Informationen über diese wirksamen, mutigen und originellen Tätigkeit über: *Greenpeace Neuseeland Inc., Private Bag, Wellesley Street, P.O. Auckland, NZ*, oder bei lokalen Greenpeace-Gruppen.

Terre des hommes arbeitet seit einiger Zeit in der Bundesrepublik daran, die Folgeschäden der Atomtests an die Öffentlichkeit zu bringen und über die Bewegungen der Menschen im Südpazifik gegen die Tests zu informieren, weil diese unsere Solidarität brauchen. Informationen über: *Terre des hommes Deutschland, Ruppenkamp 11a, Postfach 4126, 4500 Osnabrück*.

Die Südsee-Nachrichten werden von den Freunden der Erde Berlin (West) vierteljährlich herausgegeben und informieren aktuell über die Situation im Pazifik. Bezugsadresse: *Freunde der Erde, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61*.



CARPRESS, Internationale Presse-Agentur
copyright Carto GmbH, Gaucherstrasse 139, 1000 Brüssel
021216 15 45

zum Beispiel Vereinigte Staaten von Amerika

Am Ende des 2. Weltkrieges eroberten die USA die zu Mikronesien gehörenden Inselgruppen, die bis dahin die Japaner zu ihrem Territorium rechneten. Nach dem Triumph ihrer teuflischen Technik in Hiroshima und Nagasaki waren die Vereinigten Staaten sehr bemüht darum, das atomare Monopol zu behalten und suchten nach Testgeländen in weiter Entfernung. Das Bikini-Atoll in den nördlichen Marshall-Inseln wurde für die "Operation Crossroads" ausgesucht. Während die nichtsahnenden 166 Insulaner auf ein nahegelegenes Atoll "im Namen der Menschheit" verfrachtet wurden, bereiteten die USA die Explosion der "Able" und "Baker" Atombomben im Juli 1946 vor.

Die Erde bebte, als eine 15 Megatonnen Wasserstoffbombe mit dem Decknamen "Bravo" am 1. März 1954 eine kleine Insel im Bikini ausradierte und eine gigantische radioaktive Wolke über mehreren bewohnten Atollen der Marshall-Inseln bildete. Es war die Explosion der "Bravo", die der Welt zeigte, welche zerstörenden Auswirkungen weltweiter radioaktiver fall-out hat.

Neben den Einwohnern der Rongelap und Utirik Atolle gerieten die 23 Fischer des japanischen nicht so "Glücklichen Drachen" in die tödliche Wolke der "Bravo", die schließlich den ganzen Erdball umkreiste und weltweit fall-out hinterließ.

Offizielle US-Stellungnahmen machten unvorhergesehene Winddrehungen während der "Bravo"-Explosion für die atomare Verstrahlung der Marshall-Inseln, der Japaner und der Amerikaner verantwortlich; doch vor einigen Jahren gingen frühere Mitglieder des Personals der US - Luftwaffe in einem Gespräch mit einem Reporter der New York Times mit der Behauptung an die Öffentlichkeit, daß die Windrichtung sich nicht verändert habe.

Dummheit und Patriotismus

Gene Curbow, ehemaliger Befehlshaber der Wetterwache von "Bravo", sagte 1982 in einem New York Times Interview, daß "der Wind in den Tagen vor und während des Tests direkt gegen uns wehte". Auf die Frage, warum es so lange gedauert hätte, mit dieser wichtigen Aussage an die Öffentlichkeit zu gehen, sagte Curbow, daß "es eine Mischung aus Patriotismus und Dummheit war".

Kürzlich veröffentlichte das US - Verteidigungsministerium ein Dokument über die "Bravo"-Explosion 1954. Nach dem Wetterbericht von Mitternacht, also nur sechs Stunden vor der Zündung der Atombombe, "bewegten sich Stürme in der Höhe von 20.000 Fuß östlich auf die (bewohnten) Rongelap Atolle zu" Besonders verdächtig an der "Bravo"-Unternehmung ist, daß die Einwohner des Rongelap Atolls - 100 Meilen östlich von Bikini - 1946 vor der vergleichsweise schwachen Atomexplosion der "Operation Crossroads" vorbeugend evakuiert wurden. Es ist unverständlich, warum diesmal bei der "Bravo"-Explosion, die 1000-mal stärker war als die der "Operation Crossroads", das Luftwaffen-Personal und die Insulaner nicht evakuiert wurden.

Menschenversuche ?

Direkt nach "Bravo" wurde ein spezielles Team, zusammengesetzt aus Medizinern und Wissenschaftlern, gebildet, um die Folgen des atomaren fall-out bei den Marshall-Inseln zu untersuchen. Diese Wissenschaftlergruppe arbeitete unter Aufsicht der US - Atomenergie-Kommission. Wissenschaftler, die für diese dem Energieministerium der USA angehörende Kommission arbeiten, behaupten, daß die Daten über die Marshall-Inseln neben den Studien über die Folgen des Atombombenabwurfes über Hiroshima und Nagasaki die beste Grundlage für die Betrachtung der Effekte atomarer Strahlung auf Menschen sind. Vielleicht ist das der Grund dafür, daß die Amerikaner die Marshall-Inseln vor der "Bravo"-Atomexplosion nicht evakuierten.

Dazu Entry Enos vom Utirik-Atoll in den Marshall-Inseln: "Die Vereinigten Staaten kamen auf unsere Inseln, warfen Bomben auf uns und jetzt sterben wir einen langsamen Tod."

(gekürzt nach Glenn Alcalay, Vertreterin des US - Netzwerkes zu den Problemen im Pazifik, Washington, in: DISARMAMENT CAMPAIGNS, Dez. 1984)



Unternehmen Heimkehr - Besitzer fordern ihre Insel zurück

“ Als ob die Atombombentests nicht schon genug wären... die USA richteten darüberhinaus noch ein Raketengelände auf der Kwajalein - Inselgruppe ein, das als Zielgelände für ihre Langstrecken-Atomraketen dient. Diese Raketen werden im Luftwaffenstützpunkt in Vandenberg in Kalifornien abgefeuert und landen in der einstmals friedlichen Lagune von Kwajalein. Kwajalein gehört zur Gruppe der Marshall-Inseln. Wegen der Raketentests siedelten die USA hunderte von Marshalliesen um. Diese Menschen wurden zur Ebeye-Insel gebracht; dort leben heute 8000 Menschen dicht zusammengedrängt. Die Insel wurde als “biologische Zeitbombe” bezeichnet und das Hospital ist derartig schlecht besetzt und arm, daß es unmöglich die Marshalliesen mit angemessener gesundheitlicher Fürsorge betreuen kann.

Die Kwajalein - Inselgruppe, auf der die Amerikaner mit einem erstklassigen Krankenhaus, guten Schulen und unzähligen Freizeiteinrichtungen versorgt, leben, ist nur drei Meilen entfernt. Aber sie könnte auch 3000 Meilen weit weg sein, denn die Marshalliesen benötigen einen Paß, um auf ihre eigenen Inseln reisen zu dürfen. Es ist sehr schwierig, Zugang zum Kwajalein Krankenhaus zu bekommen, selbst in Notfällen. Es gab viele Fälle, in denen Kindern die Aufnahme in das Kwajalein Krankenhaus verweigert wurde, weil sie keinen Paß hatten, und die dann auf der Rückkehr zur Ebeye - Insel starben. Darüberhinaus werden die einheimischen Arbeiter, die täglich auf die Kwajalein fahren, von der Militärpolizei jedesmal durchsucht. Dies ist ein demütigender Zustand, der wenig Zeichen der Veränderung zeigt. Die Armee hat die Inselgruppe nur gepachtet, verhält sich aber so, als ob sie ihr gehörte.

ausgesperrt und vertrieben

Die Überbevölkerung auf Ebeye, zusammen mit den Tatsachen, daß die Leute zwei Drittel der Lagune nicht zum Fischen benutzen und die Inseln nicht landwirtschaftlich bearbeiten können, führt dazu, daß sich die Grundbesitzer der Kwajalein - Inselgruppe wie Gefangene auf Ebeye fühlen.

Nachdem sie die Behandlung als Menschen zweiter Klasse dreißig Jahre hin- genommen hatten, schlossen sich die Grundbesitzer der Kwajalein - Inseln



1982 zusammen und segelten zu ihren ihnen verbotenen Inseln der Kwajalein - Gruppe. Vier Monate lang nahmen die Menschen sich ihre Inseln zurück und protestierten so gegen die Zustände auf Ebeye und gegen die Diskriminierung auf den Kwajalein - Inseln. Mehr als tausend richteten Lager auf elf Inseln ein. Die Menschen waren glücklich, auf ihren eigenen Inseln zu sein und spürten ein wenig Freiheit und Frieden. Für viele junge Leute war es das erste- mal, daß sie auf ihren Inseln waren; sie fühlten sich gut, als sie sich von Lebensmitteln ernähren konnten, die auf den Inseln wuchsen, und andere Dinge tun konnten, die auf Ebeye nicht möglich waren.

“ Uns beschützen - vor wem ? ”

Dieser Protest, der “Unternehmen Heimkehr” genannt wurde, zwang die Amerikaner zu Zugeständnissen an die Landbesitzer von der Kwajalein - Gruppe. Aber das System der grundsätzlichen Ungerechtigkeit hat sich bis heute gehalten. Seit ein dreijähriger Pachtvertrag für die Kwajalein - Inseln unterzeichnet ist, ist die Behandlung der Ureinwohner von Kwajalein durch die Militärs wieder schlechter geworden; eine Menge neuer Beschränkungen sind der Bevölkerung von Ebeye aufgezwungen worden.

All diese Aktivitäten des US - Militärs in den Marshall - Inseln hatten dazu ge- dient, die zerstörerischsten Kriegswaffen zu entwickeln. Im Juni 1983 teste- ten die USA die erste MX-Rakete in Kwajalein, sie planen die Versuche mit vielen Raketen fortzusetzen, unter anderem mit der ‘Minuteman’ und der ‘Trident’. Die USA behaupten uns gegenüber, daß sie zu unserem Schutz auf der Insel seien. Unsere Antwort aber ist: “Uns beschützen - vor wem ? Wir haben keine Feinde. In der Sprache der Marshalliesen gibt es das Wort ‘Feind’ nicht.”

(Darlene Keju - Johnson, Ausschnitt aus einer Rede, die sie 1983 vor der Versammlung des Weltkirchenrates in Vancouver hielt, zitiert nach: DISARMAMENT CAMPAIGNS, Dez. 1984)



“ Bevor wir verstanden, was passierte, wurden unsere Inseln in die Luft gesprengt. Die Liste der Krankheiten, die sich aus der Berührung (mit atomarer Strahlung) ergibt, ist praktisch endlos und schließt viele Fälle von Schilddrüsenkrebs, Leukemie, Grauem Star, Fehl- und Todgeburten ein.

Ich habe viele Frauen auf den betroffenen Inseln interviewt, die mehr als vier Fehlgeburten hatten. Die Marshalliesen (Einwohnerinnen der Marshall-Inseln) beschreiben solche Babys als “Sülzfische”. Das Kind wird im Kreissaal geboren, es atmet und bewegt sich auf und ab, aber es sieht nicht aus wie ein menschliches Wesen. Es sieht aus wie eine Tasche voller Gelatine. Diese Kinder leben nur ein paar Stunden. Manchmal werden Kinder mit Gewächsen am Kopf, die wie Hörner aussehen, geboren, während andere sechs Finger oder Zehen haben. ”

(Ausschnitt einer Rede, die Darlene Keju - Johnson auf der 6. Sitzung des Weltkirchenrates 1983 hielt.)

“ Die Gründe, die der Beendigung von allen Kernexplosionen entgegenstehen, sind politische, nicht technische. Wenn die Menschen dieser Welt vereint hinter dieser Forderung stehen und ihre politische Überzeugung lokal, dann national und schließlich weltweit demonstrieren, können wir es schaffen, die Atomexplosionen zu verbieten.

Dieses ist Hoffnung und Ziel der Kampagne.”

(Eugene J. Carroll, Jr., Admiral der US - Marine i.R.)



**DRINGENDER INTERNATIONALER APPELL
FÜR EIN
UMFASSENDES VERBOT ALLER ATOMWAFFEN-VERSUCHE**

Im Rahmen einer internationalen Kampagne für einen wesentlichen Schritt zur Abrüstung richten wir diesen Appell an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Stellung als Vertragspartner des Atomwaffensperrvertrages, als Mitgliedstaat der Vereinten Nationen und als Mitgliedstaat der Konferenz für Abrüstung in Genf.

Wir rufen alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, einen Vertrag abzuschließen, der für alle Zeit alle Atomwaffenversuche verbietet:
in der Atmosphäre — im Weltall — unter Wasser — in der Erde.

Dieser Appell richtet sich vor allem an die Regierungen der Atomwaffenstaaten und an sämtliche Staaten der Konferenz für Abrüstung in Genf.

Wir rufen weiter alle Atomwaffenstaaten dazu auf, bis zum Abschluß eines solchen Vertrages ein Moratorium für alle Atomwaffenversuche zu erklären.

Ein umfassendes Atomwaffen-Test-Verbot ist ein entscheidender erster Schritt,

- die Anhäufung von immer mehr hochentwickelten und destabilisierenden Atomwaffen in den Arsenalen der Welt und
- die Ausweitung des Wettrüstens in den Weltraum zu verhindern,
- die Vereinbarungen in bereits bestehenden Verträgen und Übereinkünften aufrecht zu erhalten.

Wir Bürger/innen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West fordern mit diesem Appell von der Bundesregierung als Mitgliedstaat der Konferenz für Abrüstung und als Stationierungsland der Pershing-II-Raketen, den Vertrag für ein umfassendes Verbot aller Atomwaffenversuche zu unterstützen.

STOPPT DAS WETTRÜSTEN!

BEGINNT MIT EINEM ATOMTESTVERBOT!

Chronologie der Proteste am Kwajalein - Atoll

- April 1969** Handle Dibro führt 31 Landbesitzer zu einem einwöchigen Protest auf die Mittelkanal - Inseln.
- Dezember 1977** Wiederum führt Handle Dibro eine kleine Gruppe von Landbesitzern der Mittelkanal - Inseln, die protestierend zu einigen ihrer Inseln segeln.
- März 1978** Während eines Stillstandes der Verhandlungen mit den USA besetzen Dibro und eine Gruppe von Einwohnern der Mittelkanal - Inseln eine Insel im Zentrum des Raketenversuchsgeländes.
- Juli 1979** Ungefähr 500 Landbesitzer der Kwajalein - Inselgruppe beteiligen sich an einer großen Besetzungsaktion von etwa acht Inseln des Atolls, einschließlich der Kwajalein - Inseln.
- Juni 1982** Ungefähr tausend Landbesitzer beteiligen sich an dem "Unternehmen Heimkehr" und besetzen elf Inseln für vier Monate.

(gekürzt aus: Griff Johnson, "Collision Course at Kwajalein")

Eiskrem und Zerstörung

Der US - Luftwaffenstützpunkt Vandenberg, Kalifornien, ist ein Milliarden-Dollar - Prestigeobjekt und zentral für die Entwicklung und Erprobung des neuen US - "Krieg - der - Sterne" - Konzept. Der "Stern" (Heft 2/1985) zitiert den Zynismus der Kriegsstrategen:

" Der Insider - Scherz über Vandenberg lautet, daß dies der einzige Stützpunkt auf der Welt ist, wo man ruhig im Eissalon einen Schokoladen - Shake schlürfen kann, während Interkontinentalraketen mit riesigem Rauchsweif hinwegziehen, hin zu einem tausende Kilometer entfernten Zielgebiet."

Hin , zur einstmals friedlichen Lagune der Kwajalein - Inselgruppe...

Nicht kontrollierte Entwicklung und Tests von Atombomben

Atomwaffentests werden nicht nur von den als Atommächten bezeichneten Staaten durchgeführt. Heute sind das offiziell China, die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich. Sie werden auch von den sogenannten Schwellenländern ausgeführt. Das sind Staaten, die aus den nuklearen "Abfallprodukten" ihrer "zivilen" Atomkraftwerke abseits der Öffentlichkeit Atomwaffen produzieren und heimlich testen. Sie verfügen dann über eine eigene Atombewaffnung und sind in der Regel dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten. Dieser Vorgang wird in der Fachsprache als 'horizontale Proliferation' bezeichnet, was nichts anderes heißt, als daß die Anzahl der Staaten, die über einsatzfähige Atomwaffen verfügen immer größer wird, 'in die Breite geht', und somit die Atomrüstung ungehemmt wuchert.

Das im Folgenden geschilderte Beispiel soll verdeutlichen, welche Auswirkungen dieser Vorgang hat:

Südafrika, Israel und die Bombe

Südafrika werde Atomwaffen als letzte Möglichkeit zur Verteidigung benutzen, erklärte der südafrikanische Untersekretär für Verteidigung, Coetsee, im September 1980 in einem Interview des Time-Magazins.

Am 6. August 1977 wurde der US - Präsident Jimmy Carter von der Sowjetunion darüber unterrichtet, daß ein Satelliten-Foto aufdeckte, daß Südafrika die Zündung eines nuklearen Systems in der Kalahari - Wüste vorbereite. Die gleiche Information wurde an die westdeutsche, die französische und britische Regierung gegeben. Das Beweismaterial der Sowjetunion setzte sich aus Bildern zusammen, die von einem Weltraumsatelliten gemacht wurden, der das Gebiet in der Zeit vom 21. bis 25. Juli überflog. Fünf Tage später wurde die sowjetische Information durch amerikanische Satellitenaufnahmen bestätigt. Am 23. August verkündete Präsident Carter, daß Südafrika ihm versichert habe, daß keine Atomwaffentests und keine Entwicklung von Atomwaffen in Südafrika vonstatten gehen würden. Die Einrichtungen in der Kalahari-Wüste, so fuhr er fort, wären nicht für Atomwaffenversuche gedacht.

Atomexplosion heimlich im Indischen Ozean

“Anfang September 1979 verließ eine kleine und sehr spezialisierte Flotte von Schiffen Simonstown und bewegte sich nach Südosten. Nach einwöchiger Reise war die Flotte in den einsamen und leeren Weiten des Südindischen Ozeans gut versteckt als in den Morgenstunden des 22. September...um 3 Uhr eine nukleare Waffe in die Atmosphäre geschossen wurde und etwa 8 km über der Erdoberfläche explodierte. Südafrika war dem Nuklear-Club offiziell beigetreten.”

(Jane Adams, "The Unnatural Alliance: South Africa and Israel", 1984)

Die Regierung der USA erklärte, daß eine kleine nukleare Explosion im Südatlantik in der Nähe Südafrikas am 22. September aufgezeichnet worden sei. Die Verdächtigung basierte auf einem doppelten Lichtblitz, der von einem Vela - Satelliten aufgenommen worden war. Der Vela - Satellit ist besonders ausgerüstet dafür, Atomexplosionen zu entdecken und aufzuzeichnen. Südafrika bestritt vehement, den Test durchgeführt zu haben. Es behauptet, daß mit Atomraketen bestücktes sowjetisches U-Boot in dem Gebiet explodiert sei. Die Hypothese wurde von der amerikanischen Regierung in Betracht gezogen und zurückgewiesen, ein kleiner Zweifel blieb jedoch haften. Ein geheimes CIA - Dokument, das dem US - Sicherheitsrat am 20. Juni 1980 vorgelegt wurde, ging weiter: Darin wurde erklärt, daß der Test tatsächlich stattgefunden habe und daß er ein direktes Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel sei. Hochrangige Mitglieder des israelischen Geheimdienstes haben die Nuklearexplosion bestätigt, es seien aber keine Israelis während des Tests anwesend gewesen. Israel hat Südafrika bei der Entwicklung seines Atomprogramms geholfen, indem es Personal und technische Hilfe zur Verfügung stellte.

Die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel haben sich während des letzten Jahrzehnts entwickelt. Ernst Bergmann, Pionier des israelischen Atomprogramms, sagte im südafrikanischen Institut für Internationale Fragen in Johannesburg: "Im Allgemeinen habe ich festgestellt, daß die Nuklearphysik betreffend, die beiden Länder nicht nur ähnliche, sondern fast identische Vorstellungen haben....Keiner von uns hat Nachbarn, mit denen wir sprechen könnten oder in naher Zukunft sprechen können werden.

Da wir in dieser Situation der Isolation sind, ist es wahrscheinlich das Beste für unsere beiden Staaten, wenn wir miteinander reden.”

Seitdem gibt es Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nukleartechnologie in großem Ausmaß. Viele israelische Techniker arbeiten in der Atomindustrie Südafrikas und ständig werden Informationen ausgetauscht.

(Fons Geerlings von der niederländischen Anti-Apartheidbewegung, in: DISARMAMENT CAMPAIGNS, Dez. 1984)

- Testbilanz der USA - Testbilanz der USA - Testbilanz der USA -

“Seit 1963, dem Jahr, in dem der Vertrag über ein teilweises Verbot von Atomwaffentests die nuklearen Versuchsexplosionen einschränken sollte, sind kontinuierlich unterirdisch Atomwaffen getestet worden - über 500 angekündigte Tests haben stattgefunden. Zwei Bohrtürme schachten Löcher für die unterirdischen Tests aus; einer ist jeden Tag in Betrieb, 24 Stunden lang. Unterirdische Versuchsexplosionen von Kernwaffen sind komplizierte und teure Unternehmungen. Die Kosten bewegen sich zwischen 6 und 60 Millionen pro Test.

Vom Haushaltsjahr 1981 bis zum Haushaltsjahr 1985 haben sich die Ausgaben für die Tests von 465 auf 852 Millionen US - Dollar erhöht. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von 83% während der Amtszeit Reagans. Obwohl wir mit dem Vertrag über ein teilweises Verbot von Atomwaffentests die Verpflichtung eingingen, uns "für ein Ende aller Versuchsexplosionen von Kernwaffen für alle Zeit einzusetzen", hat Präsident Reagan als erster US - Präsident die Verhandlungen für einen Vertrag für ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests unterbrochen. Dieser Vertrag würde sein Vorhaben, 17000 neue Atomwaffen im nächsten Jahrzehnt zu entwickeln, ernsthaft behindern.”

(Anne Bucher, Franciscan Instruments of Peace Project, St. Barbara Province, USA zit. nach: DISARMAMENT CAMPAIGNS, Dez. 1984)



zum Beispiel Großbritannien

Zwischen 1952 und 1957 führte das britische Verteidigungsministerium Atomtests in Australien durch, davon sieben 1956/57 in der Wüste von Maralinga in Südaustralien. Zwischen 1961 und 1963 wurden "kleinere" Experimente in der Maralinga - Wüste durchgeführt, die jedoch viel Fall-out zurückließen, und das in vielfacher Weise.

Angefangen hatte alles mit einer Notiz des Forschungsausschusses für Verteidigungsrichtlinien. Diese Notiz verlangte von britischen Kommandeuren, ihre Soldaten ohne besondere Schutzausstattungen in die Maralinga - Testgebiete zu schicken. Infolgedessen hielten sich während der Atomexplosionen tausende britischer und australischer Soldaten in einer Entfernung von nur 2400 m auf, starker Radioaktivität ausgesetzt, ohne eine entsprechende Schutzkleidung.

Diese Enthüllung veranlaßte den Präsidenten des Australischen Heimkehrerverbandes zu der Bemerkung: "Sollte das wahr sein, ist es unglaublich. Menschen sind keine Versuchskaninchen!" Aber es ist wahr. Mehrere ehemalige Soldaten haben inzwischen über ihre Erfahrungen bei Atomtests ausgesagt. Ans Licht gelangte auch, daß Aborigines, die Eingeborenen, angeblich "zusammengetrieben" und aus der Gefahrenzone gebracht worden waren, doch tatsächlich während und nach den Versuchen in den Sperrgebieten belassen wurden. Nachdem am 15. Mai 1984 Ministern der australischen Regierung ein Film des Pitjanjatjara - Rates der Aborigines vorgeführt worden war, veranlaßte das Kabinett eine Untersuchung über atmosphärischen Fall-out, verursacht durch Atomtests.

Geistig Behinderte als Versuchsobjekte ?

Ein sehr bald erstellter Untersuchungsbericht widerlegte vorherige Gutachten, die keine durch Atomtests verursachte Gesundheitsschäden bescheinigten. Dieser Bericht macht deutlich, daß von Atomversuchen in mehr als zwölf Jah-



ren über 15000 Australier betroffen waren, von denen viele deutlich höherer radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren, als zuvor angenommen. Der Bericht bestätigte auch, daß sich Aborigines in den Testgebieten aufgehalten hatten. Ein zweiter Bericht der Abteilung für Bodenschätze belegte, daß der Regierung Informationen über Atomtests vorenthalten wurden. Der Australische Beirat für Ionisierung und Radioaktivität wurde wegen seiner irreführenden Schilderungen kritisiert.

Am 20. Juni 1984 zitierte die London Times aufgetauchtes Beweismaterial. Demzufolge waren geistig behinderte Menschen von England nach Australien gebracht worden, um Versuchen mit Radioaktivität ausgesetzt zu werden. Ein Vollzugsbeamter aus Canberra, vor knapp zwei Jahren verstorben, hatte seiner Frau von Versuchen mit Menschen in Bunkern, die nahe am Punkt Null gelegen waren, berichtet.

Am 2. Juli 1984 setzte die australische Regierung eine Königliche Kommission zur Untersuchung der Folgeerscheinungen der Atomtests in den Jahren 1952 bis 1963 ein. Anhörungen haben bereits im August begonnen. Die Ergebnisse werden für Juni 1985 erwartet. Besondere Berücksichtigung sollen dabei Einzelpersonen und Gruppen erfahren, die besonders stark betroffen waren, darunter auch Aborigines Zivilisten sowie australische Soldaten und Dienstpersonal, das auf dem Testgelände angestellt war.

Britische Medien veröffentlichten auszugsweise Londoner Geheimdokumente, aus denen hervorgeht, daß die britische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach die Menschen, darunter auch Aborigines, deren Gesundheit durch die Atomversuche beeinträchtigt worden ist, entschädigen muß.

Um Beweismaterial zu sammeln bereist die Kommission zur Zeit Australien und wird voraussichtlich ab Januar 1985 in Großbritannien sein. Nach der Rückkehr nach Australien im März wird die Kommission ihren Bericht durch Aussagen von Wissenschaftlern und anderen an den Atomtests beteiligten Personen ergänzen.

(aus: John Vanderzee, in: DISARMAMENT CAMPAIGNS, Dez. 1984)

Atomwaffentests 1945 bis 1983



Die Bundesrepublik Deutschland und der Atomwaffensperrvertrag

1968 einigten sich die USA, die Sowjetunion und Großbritannien in der Konferenz des Genfer Abrüstungsausschusses der UNO (heute die Konferenz für Abrüstung) auf einen Vertrag über die Nicht-Verbreitung von Atomwaffen. Der Vertrag wurde von diesen drei als 'depository states' bezeichneten Initiatoren am 1. Juli 1968 unterzeichnet. Er trat 1970 in Kraft, akzeptiert und ratifiziert von den ihm beigetretenen Staaten. Die Bundesrepublik allerdings ratifizierte den Nicht-Verbreitungs- und Atomwaffensperrvertrag erst 1974 nach langen Debatten und ausgedehnten Versuchen, diesen Vertrag zum Scheitern zu bringen.

Nach der Unterzeichnung des teilweisen Teststoppvertrages 1963 war absehbar, daß sich das Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion nach den Jahren des eisigen Schweigens während des Kalten Krieges entspannte.

Die USA beobachteten mit Sorge die unkontrollierte Verbreitung von Atomwaffen und fürchteten, daß die Situation so eskalieren würde, daß jeder noch so kleine, mit keiner Supermacht verbündete Staat, Weltmacht durch den Besitz von einsatzfähigen Atomwaffen erwerben könnte. Dies würde bedeuten, daß die USA an Macht verlöre. Die Sowjetunion hatte großes Interesse daran, die Nachkriegssituation in Europa zu stabilisieren. Ein Schritt zur Stabilität wurde die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesrepublik, die damit auf eine eigene atomare Rüstung verzichtet hat, womit auch ein unabhängiges, atomar gerüstetes Westeuropa unwahrscheinlicher wurde.

Atommacht Europa in weite Ferne gerückt

Die damalige CDU-Regierung der Bundesrepublik war entschieden gegen den Vertrag, eben weil damit die Teilung Deutschlands endgültig festgeschrieben wurde und das von dem damaligen Minister Strauß so ersehnte vereinte Europa als Atommacht in weite Ferne rückte. Bevor sich die USA und die Sowjetunion auf den Nichtverbreitungsvertrag geeinigt hatten, wurde für Westeuropa die von der Bundesrepublik favorisierte Möglichkeit einer Multilateral Force (MIF), bestehend aus einer mit Atomwaffen ausgerüsteten U-Boot-Flotte unter europäischem Kommando, erwägt. Die MIF hätte der Anfang der

Atomexplosionen 1945 - 1983 (angekündigt und angenommen)

Quelle: SIPRI - Jahrbuch 1984

I. 16. Juli 1945 - 5. August 1963 (bis zum Partial Testban - Vertrag)

USA*	USSR	UK	France	Total
331	164	23	8	526

II. 6. August 1963 - 31. Dezember 1983 (a - atmosphärisch u - unterirdisch)

Year	USA*		USSR		UK		France		China		India		Total
	a	u	a	u	a	u	a	u	a	u	a	u	
6 Aug-31 Dec													
1963	0	14	0	0	0	0	0	1					15
1964	0	29	0	6	0	1	0	3	1	0			40
1965	0	28	0	9	0	1	0	4	1	0			43
1966	0	40	0	15	0	0	5	1	3	0			64
1967	0	28	0	15	0	0	3	0	2	0			48
1968	0	33 ^b	0	13	0	0	5	0	1	0			52
1969	0	29	0	15	0	0	0	0	1	1			16
1970	0	30	0	12	0	0	8	0	1	0			51
1971	0	12	0	19	0	0	5	0	1	0			37
1972	0	8	0	22	0	0	3	0	2	0			35
1973	0	9	0	14	0	0	5	0	1	0			29
1974	0	7	0	19	0	1	7	0	1	0	0	1	36
1975	0	16	0	15	0	0	0	2	0	1	0	0	34
1976	0	15	0	17	0	1	0	4	3	1	0	0	41
1977	0	12	0	16	0	0	0	6	1	0	0	0	35
1978	0	12	0	27	0	2	0	7	2	1	0	0	51
1979	0	14	0	29	0	1	0	9	0	0	0	0	53
1980	0	14	0	21	0	3	0	11	1	0	0	0	50
1981	0	16	0	21	0	1	0	11	0	0	0	0	49
1982	0	18 ^c	0	31	0	1	0	5	0	0	0	0	55
1983	0	14	0	27	0	1	0	7	0	1	0	0	50 ^d
Total	0	398	0	363	0	13	41	71	22	5	0	1	914

III. Gesamtzahl der Atomexplosionen 1945 - 1983

USA	USSR	UK	France	China	India	Total
729	527	36	120	27	1	1 440

Atomkraft Europa werden können. Mit dem Atomwaffensperrvertrag war sie dankenswerterweise "gestorben".

Die Bundesrepublik mußte dem Vertrag schließlich doch beitreten, weil sie sich ansonsten international isoliert hätte, und weil sie von dem auch durch den Vertrag geregelten Atomgeschäft wirtschaftlich profitieren wollte.

Profit mit Atomen

Mit der Unterzeichnung des Vertrages stimmten die Nicht-Atomwaffenstaaten wie die Bundesrepublik zu, daß eine internationale Kontrollbehörde, die International Atomic Energy Agency (IAEA), die Wirtschaft mit im Land vorhandenem nuklearem Material für die "zivile" Nutzung von Atomkraft überwachen würde. Lang hat die Bundesrepublik versucht, diese international vereinbarte Kontrolle zu sabotieren, indem sie sie als "Industriespionage" abqualifizierte.

1974 wurde der Vertrag ratifiziert; ausschlaggebend war letztlich, daß Atomwaffenmächte, die den Vertrag unterzeichnet hatten, der Bundesrepublik so lange kein Spaltmaterial überlassen durften, wie diese dem Vertrag nicht beigetreten war. Forschung, Export und Ausbau der sogenannten zivilen Kerntechnologie, also Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungs- und Urananreicherungsanlagen, wurden in der Bundesrepublik als profitträchtige investitionsstarke Unternehmen erkannt. - Und dieser Gewinn durfte nicht gefährdet werden.

Schon 1975 machte die Bundesrepublik gegen den besorgten Widerstand der USA ein Riesengeschäft mit Brasilien, daß mit Atomkraftwerk und Wiederaufbereitungsanlage versorgt wurde. Natürlich nur zur "zivilen" Nutzung. Allerdings weiß heute fast jeder, daß aus den Restbeständen dieser Atomfabriken einfach und ohne viel Aufwand funktionierende Atomwaffen gebaut werden können und mit großer Wahrscheinlichkeit in Brasilien auch gebaut werden: Denn Brasilien hat den Nicht-Verbreitungsvertrag bislang nicht unterschrieben, unterliegt somit also nicht der Aufsicht der Internationalen Atomenergie-Kontrollbehörde.

Der Atomwaffensperrvertrag ist ein "weicher", weil lückenhafter Vertrag. Er ist aber auch das bislang weitestgehende gemeinsame Vertragswerk in Rich-

tung Rüstungskontrolle, das multinational ausgehandelt wurde. Die Bundesrepublik tut nicht viel, um aktiv an der Verwirklichung des in Artikel 6 des Vertrages niedergelegten Vorsatzes, abzurüsten, mitzuwirken.

Alle fünf Jahre wird der Vertrag auf einer von den ursprünglichen Vertragspartnern (USA, UdSSR, GB) einberufenen Konferenz überprüft. Droht der Atomwaffensperrvertrag mit der Überprüfungskonferenz im September 1985 in Genf zu platzen?

Vertrag über die Nicht-Verbreitung von Kernwaffen - Atomwaffensperrvertrag (unterzeichnet in Washington, Moskau und London am 1.7.1968)

Artikel 1

Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nicht-Kernwaffenstaat weder zu unterstützen, noch zu ermutigen, noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.

Artikel 2

Jeder Nicht-Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügung darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.

Artikel 6

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.

(Der vollständige Vertragstext kann bei der Herausgeberin dieser Broschüre oder bei der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., 5300 Bonn, Simrockstraße 23, angefordert werden.)

Platz der Atomwaffensperrvertrag ?

1985 wird in jedem Fall ein entscheidendes Jahr. Es ist das Jahr, in dem der weitestgehende Rüstungskontroll- und Abrüstungsvertrag auseinanderfallen könnte: Bei diesem Vertrag handelt es sich um den Nicht-Verbreitungsvertrag von Atomwaffen (Non-Proliferation-Treaty - NPT), der im September auf der 3. Überprüfungs-konferenz in Genf auf den Tisch kommt. Es ist sicher, daß dieses Treffen stürmisch wird, denn die 118 Nicht-Atomwaffenstaaten, die den Vertrag unterzeichnet haben, stellen die drei 'depository states' - USA, Sowjetunion und Großbritannien - wegen deren fortgesetzten Anheizens des atomaren Wettrüstens in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Frankreich und China haben sich immer geweigert, den NPT - Vertrag zu unterzeichnen. Der NPT - Vertrag, der 1970 nach fast einem Jahrzehnt umsichtiger Diplomatie in Kraft trat, ist vielleicht der bedeutendste Waffenkontrollvertrag, der jemals abgeschlossen wurde. Er wurde gemeinsam von den Regierungen der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion entworfen. Ein Prozeß, der der Unterzeichnung des Abkommens über ein teilweises Teststopp von 1963 folgte (...).

Der NPT - Vertrag setzt sich im wesentlichen aus einem dreiteiligen Handel zusammen. Zum Ersten verpflichten sich Nicht-Atomwaffenstaaten, keine Kernwaffen zu entwickeln oder technische Hilfe anzunehmen zur Herstellung von Atomwaffen. Damit diese Verpflichtung auf ihre Einhaltung hin überprüft werden kann, stimmen sie außerdem der Überwachung ihrer Reaktoren, Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen sowie der atomaren Materialien wie Plutonium und Uran zu. Diese Überprüfungen werden durch die UN-getragene Internationale Atomenergie-Kontrollbehörde organisiert, die mit einer Gruppe von Inspektoren arbeitet, die durch die Überprüfung der Buchhaltung und durch physikalische Analysen die Einhaltung der Verpflichtung kontrolliert. Selbstverständlich ist das ein bemerkenswerter Eingriff in die Souveränität dieser Staaten. Aus diesem Grunde und aus anderen, die noch erörtert werden, weigerten sich Staaten wie Argentinien, Brasilien, Israel, Spanien, Südafrika, Indien und Pakistan dem NPT - Vertrag beizutreten.

Wettrüsten beenden

Zum Zweiten wird durch den NPT - Vertrag die Weitergabe von Kerntechnologie, spaltbarem Material und technischer Hilfe geregelt, sodaß die Vorteile



von friedlicher Kernenergie unter den Staaten geteilt werden, die es für notwendig erachten, Atomstrom zu haben. In den letzten fünf Jahren ist der Weltmarkt für Atomtechnologie zu einem Rinnsal verkümmert, weil die sich industriell entwickelnden Staaten in der Weltschuldenkrise verfangen sind. Nur einige wenige Staaten wie Südkorea und Ägypten sind zur Zeit an geringfügigen Atomenergie-Programmen interessiert. Tatsächlich ist es so, daß die Forderung von sogenannten 3.-Welt - Ländern nach der Einrichtung von kleineren und damit angemesseneren wenig kapital-intensiven Energieprojekten so stark wird, daß so hochentwickelte Technologien wie Atomkraft ausgeschlossen sind.

Zum Dritten und am wichtigsten für den Atomwaffensperrvertrag 1985: Der Vertrag fordert von allen Vertragsparteien, in bester Absicht Verhandlungen einzuleiten, um effektive Maßnahmen zur möglichst frühen Beendigung des nuklearen Wettrüstens zu vereinbaren.

Der gesamte NPT - Vertrag besteht aus nur elf Artikeln und einer Präambel. Die Punkte, die sich im September in Genf und im "Diplomatenzirkus" vor der Konferenz unausweichlich als strittig erweisen werden, sind in den Artikeln 1,2 und 6 des NPT - Vertrages enthalten.

Die früheren Sorgen der drei 'depository states' aus der Zeit, in der sie den Vertrag entwarfen - nämlich der Anspruch, die Weiterverbreitung von Atomwaffen an zusätzliche Staaten ('horizontale Proliferation') zu verhindern - ist im öffentlichen Bewußtsein und bei weiten Teilen der Vertragsunterzeichner überholt worden von der Sorge über die sich aufwärts schraubende Spirale des atomaren Wettrüstens durch die Atommächte. Diese Anhäufung und qualitative Weiterentwicklung von Atomwaffen durch Atommächte wird 'vertikale Proliferation' genannt. Wenn wir zu diesen Tatsachen die sich abzeichnende Gewißheit über den "nuklearen Winter" rechnen, die voraussagt, daß selbst an einem Kampf unbeteiligte Staaten außerhalb eines Kampfgebietes - höchstwahrscheinlich Staaten der sogenannten 3.-Welt - abseits von selbst einem "kleinen" nuklearen Schlagabtausch von einer unvorstellbaren klimatischen und ökologischen Katastrophe betroffen sein werden, wird deutlich, warum es im Lebensinteresse dieser NPT - Vertragspartner liegt, das atomare Wettrüsten zu beenden.

(übersetzt aus David Lowry, in: DISARMAMENT CAMPAIGNS, Dez. 1984)

In der UNO vereinbarte Verträge



Wenn über Abrüstungsverhandlungen geredet wird, sind meist die bilateralen Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion gemeint, oder auch auf bestimmte Gebiete beschränkte Verhandlungen, wie zum Beispiel die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). So wenig - eigentlich gar nicht - wird in der Bundesrepublik über Abrüstungsverhandlungen berichtet, die über Jahre hinweg in der UNO und der zuständigen Konferenz für Abrüstung in Genf stattfinden. Diese Verhandlungen haben jedoch eine einzigartige und weittragende Bedeutung, denn die UNO ist das einzige Forum, in dem auch die sozialistischen Länder und die Länder der sogenannten 3.-Welt mit am Verhandlungstisch sitzen. Diese Länder leiden heute unter der atomaren Aufrüstung, was in der privilegierten Bundesrepublik oft vergessen wird.

Antarktisvertrag:

1959 von 12 Staaten, darunter USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien und Japan unterzeichnet. Gilt gegenwärtig für 19 Staaten, u.a. für die BRD und die DDR. Vereinbart, die Antarktis nicht für Atomtests, Stationierung von Waffensystemen oder die Einrichtung von militärischen Stützpunkten zu benutzen. Bestimmungen gelten im Gebiet südlich des 60. Breitengrades.

Weltraumvertrag:

In Kraft seit Oktober 1967. Zur Zeit verbindlich für 19 Staaten, u.a. die BRD und die DDR. Beschränkt Einrichtung von Militärstützpunkten und militärischen Einrichtungen im Weltraum. Allerdings ist der Vertrag so allgemein formuliert, daß der Begriff 'Weltraum' dehnbar ist und bislang die militärische Nutzung des Weltraumes zum Beispiel nicht das Durchfliegen des Weltraumes mit Atomraketen einschließt. Somit sind neue Entwicklungen wie die (tref-



fehd benannten) US - Killer - Satelliten möglich. Bislang sind Bemühungen den Vertrag genauer zu formulieren, erfolglos geblieben.

Vertrag über ein teilweises Verbot von Atomwaffentests:

1963 unterzeichnet. Verbieta Tests in der Atmosphäre. Seitdem wird in Genf über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests verhandelt.

Meeresbodenvertrag:

Seit Mai 1972 in Kraft. Verbieta auf oder im Meeresboden Einrichtungen anzubringen oder Systeme aufzubauen, die der Massenvernichtung dienen. Das Meer *w a s s e r* bleibt von dieser Bestimmung ausgenommen. Küstenstaaten unterliegen diesen Regeln in einem Gebiet von 12 Meilen vor ihrer Küste nicht. U-Boote werden als normale Schiffe betrachtet. Die Vertragspartner verpflichten sich, "nach Treu und Glauben" ihre Verhandlungen über weitere Maßnahmen "im Bereich der Abrüstung" fortzusetzen.

aus der Charta der Vereinten Nationen

Wir, die Völker der Vereinten Nationen, fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen der Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern,

und für diese Zwecke

Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, daß Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern -

haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.

Schlußbemerkung



“1985 wird in jedem Fall ein entscheidendes Jahr”, meinte David Lowry in seinem Artikel. Damit hat er Recht, denn wenn in diesem Jahr auch der Atomwaffensperrvertrag noch auseinanderfällt, verlieren die Menschen dieser Erde ein weiteres kleines Stück Hoffnung. Über Abrüstung und Frieden wird auch hierzulande viel geredet - nur von Seiten der Regierenden nichts getan.

Wenn es gelänge, den Vertrag über ein umfassendes Verbot von Atomwaffentests noch im September 1985 unterschriftsreif zu verhandeln, wäre damit viel gewonnen. Dieses wäre eine zeichensetzende und vertrauensbildende Maßnahme.

Zeichensetzend, weil ein solches umfassendes Verbot von Atomtests ein erster wesentlicher Schritt zur Rüstungsbegrenzung und damit auch zur Abrüstung wäre, denn, wie wir ausgeführt haben, nicht-getestete Waffen sind nicht “verlässlich”, sie machen die komplizierten Wahnsinnstrategien der Militärs unsicher.

Vertrauensbildend, weil damit die Atommächte und ihre Verbündeten beweisen würden, daß sie das Vorhaben Abrüstung ernst nehmen.

Im entscheidenden Jahr 1985 ist jeder Tag ein entscheidender, und jede Aktivität mit dem Ziel Abrüstung entscheidend.

Deswegen wiederholen wir unsere Bitte, die Kampagne für ein umfassendes Atomtestverbot zu unterstützen.



DRINGENDER INTERNATIONALER APPELL FÜR EIN UMFASSENDES VERBOT ALLER ATOMWAFFEN-VERSUCHE

Im Rahmen einer internationalen Kampagne für einen wesentlichen Schritt zur Abrüstung richten wir diesen Appell an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Stellung als Vertragspartner des Atomwaffensperrvertrages, als Mitgliedstaat der Vereinten Nationen und als Mitgliedstaat der Konferenz für Abrüstung in Genf.

Wir rufen alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, einen Vertrag abzuschließen, der für alle Zeit alle Atomwaffenversuche verbietet:
in der Atmosphäre — im Weltall — unter Wasser — in der Erde.

Dieser Appell richtet sich vor allem an die Regierungen der Atomwaffenstaaten und an sämtliche Staaten der Konferenz für Abrüstung in Genf.

Wir rufen weiter alle Atomwaffenstaaten dazu auf, bis zum Abschluß eines solchen Vertrages ein Moratorium für alle Atomwaffenversuche zu erklären.

Ein umfassendes Atomwaffen-Test-Verbot ist ein entscheidender erster Schritt,

- die Anhäufung von immer mehr hochentwickelten und destabilisierenden Atomwaffen in den Arsenalen der Welt und
- die Ausweitung des Wettrüstens in den Weltraum zu verhindern,
- die Vereinbarungen in bereits bestehenden Verträgen und Obereinkünften aufrecht zu erhalten.

Wir Bürger/innen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West fordern mit diesem Appell von der Bundesregierung als Mitgliedstaat der Konferenz für Abrüstung und als Stationierungsland der Pershing-II-Raketen, den Vertrag für ein umfassendes Verbot aller Atomwaffenversuche zu unterstützen.

STOPPT DAS WETTRÜSTEN!

BEGINNT MIT EINEM ATOMTESTVERBOT!

aus der Arbeit der Internationalen Frauenliga:

Bei jährlichen Treffen auf internationaler Ebene wird Wissen über die weltweite Hochrüstungspolitik zusammengetragen. Dabei bleiben die Frauen der IFFF jedoch nicht stehen. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist bei solchen Treffen die Entwicklung von Friedensstrategien. Dabei spielt der Beraterstatus der Liga bei den Vereinten Nationen (UNO) eine herausragende Rolle. Denn die IFFF betrachtet die UNO als die Institution, die Schritte zur Abrüstung ermöglichen kann.

Parallel zu diesen Treffen findet das Sommerseminar für junge Frauen statt. Hier besteht für neue Mitglieder der Liga die Möglichkeit, Erfahrungen aus der Friedensarbeit mit Frauen aus aller Welt auszutauschen und sich Themenbereiche aus der internationalen Politik gemeinsam zu erarbeiten.

IFFF-Mitglieder, die internationale Friedenspolitik "hautnah" kennenlernen möchten, können darüber hinaus eine Volontärszeit bei den UNO Kommissionen für Abrüstung oder für Menschenrechte im Genfer Büro der Liga mitmachen.

Mit der hier vorliegenden Broschüre macht die INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT auf eine aktuelle Diskussion aufmerksam, die jedoch – von den bundesdeutschen Medien kaum beachtet – meist hinter verschlossenen NATO - und UNO -Türen geführt wird. Die IFFF will nicht allein über die Atomwaffentests informieren, sondern durch öffentliche Veranstaltungen und Interventionen beim bundesdeutschen UNO-Vertreter in die aktuelle Diskussion über den Atomwaffensperrvertrag eingreifen.

Wer mehr wissen möchte, wende sich an:

INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

Deutsche Sektion
- Geschäftsstelle -
Weseler Weg 2
4005 Meerbusch 1
Telefon 02105/2380

oder an die regionalen Kontaktadressen:

1000 Berlin-West, Bamberger Straße 60, T.030/211 5721
2000 Hamburg, Kalenbarg 13, T.040/800 6694
2800 Bremen, Salvador-Allende-Straße 16/22, T.0241/325 587
4000 Düsseldorf, Potsdamer Straße 19, T.0211/74 89 386
4630 Bochum, Brenscheder Straße 12, T.0234/771 722
8000 München, Soldnerweg 2, T.089/982 102



Am 28. April 1915 kamen trotz aller Widrigkeiten nach dem ersten Kriegsjahr 1126 Frauen aus 12 verschiedenen Ländern zu einem internationalen Kongreß in Den Haag zusammen, um Wege zu einer gemeinsamen internationalen Friedenspolitik zu beraten. Dies war die Geburtsstunde der INTERNATIONALEN FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT (IFFF). Ihren Beschluß, sich wieder zu treffen, um gemeinsam die Ursachen von Krieg, Not und Hunger in der Welt zu erforschen, konnten die Frauen jedoch erst unmittelbar nach Beendigung des ersten Weltkrieges ausführen. Aus den Erfahrungen mit den Leiden dieses Krieges entstand ihr Arbeitsprogramm, an dem sich bis auf den heutigen Tag wenig geändert hat. Die Kriege sind grausamer geworden, die Waffensysteme übersteigen menschliche Vorstellungskraft und am Hunger sterben täglich in jeder Minute 50 Menschen, während in der gleichen Minute mehr als 2,5 Millionen DM für tödliche Waffensysteme verschwendet werden!

In der Satzung der INTERNATIONALEN FRAUENLIGA heißt es:

Es ist das Ziel der Liga, Frauen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Einstellung zusammenzuführen, die einig sind in dem Bestreben, die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen der Kriege zu untersuchen, aufzudecken und beseitigen zu helfen, und für einen konstruktiven Frieden zu arbeiten.

Die Hauptziele der Liga sind die vollständige und allgemeine Abrüstung; die Abschaffung von Gewalt und anderen Mitteln des Zwangs bei der Lösung aller Konflikte, welche in jedem einzelnen Falle durch eine friedliche Lösung ersetzt werden sollen; und die STÄRKUNG DER VEREINTEN NATIONEN (UNO) und ihrer Sonderorganisationen, für die Verhinderung von Kriegen, für die Institutionalisierung internationalen Rechts, und für die politische, soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker.

Auch in der BRD arbeiten seit vielen Jahren Frauen zielstrebig und zäh an der Verwirklichung dieser Ziele. Einige von ihnen waren schon in den 20er Jahren dabei, andere kamen nach dem 2. Weltkrieg hinzu. Durch die Schulung junger Frauen wird immer wieder der Grundstein gelegt, für die Fortsetzung der Arbeit über die Generationen hinweg mit dem gemeinsamen Ziel:
Abrüstung!

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Deutsche Sektion
Beraterstatus bei den Vereinten Nationen ECOSOC, UNCTAD
und UNESCO; Sonderberater bei FAO, ILO, UNICEF

